

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 45 (1972)

Heft: 7

Artikel: Zur Situation unserer Armee

Autor: Däniker, Gustav

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-518192>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Situation unserer Armee

Nicht jedes der vielen Manifeste, die heute produziert werden, rechtfertigt eine Auseinandersetzung. Anders das Bieler Manifest eines sogenannten Arbeitskreises «Kritische Kirche»: «Über die Situation unserer Armee». Obwohl die Verfasser namentlich nicht bekannt sind, was den Wert jedes Dokuments schmälert, soll darauf vorläufig in Thesen und Gegenthesen eingetreten werden, stellen erstere doch die wohl gängigsten Argumente gegen unser Wehrwesen dar.

«Freund-Feind»-Denken des Manifestes

«Unsere Zukunft heisst Frieden» schreiben die Verfasser, und wir stimmen mit ihnen überein. Warum sie sich aber weigern, klar zu erkennen, wo die Bedrohungen dieses Friedens wirklich liegen, ist unverständlich. Ein Spruch wie: «Die Armee sichert heute nicht den Frieden, sondern die bestehende Friedlosigkeit», den «Frieden der römischen Caesaren» ist angesichts der herrschenden machtpolitischen Weltlage einfach läppisch. Sollten sie sich in der Adresse geirrt haben und nicht die Schweizer Armee, sondern die Armeen totalitärer Staaten meinen, die nach wie vor den Anspruch auf Weltrevolution, also auf Gewalt und Krieg, erheben?

«Die Abwehrpsychose ist paradox» steht im Manifest, und es vermeidet, zu sagen, dass gewisse Reaktionen auf die Herausforderung durch Links-Extremisten, Dienstverweigerer usw. geradezu provoziert wurden. Wer gegen eine von der Mehrheit der Bürger als notwendig erkannte Institution Sturm läuft, darf nicht wehleidig sein, wenn diese vehement verteidigt wird. So kann der Eindruck der Verfasser, dass der «innenpolitische Gegner diffamiert werde» subjektiv durchaus zutreffen. Wer das Manifest nüchtern durchliest, wird allerdings auf manche eindeutige Diffamierung des Gegners stossen. Gerade auf das angeprangerte Freund-Feind-Denken stösst man auf Schritt und Tritt.

Was den Vorwurf betrifft, die Armee sei ein Hort der Rechtsagitation, so ist dies einfach nicht wahr. Die aufgezählten Organisationen und Wehrvereine bemühen sich, ihrer traditionellen Aufgabe gemäss, um die Erhaltung des Wehrwillens dank Information über die Lage. Wie weit man hier gehen will, ist eine Ermessensfrage. Solange aber derart absurde und plumpe Angriffe gegen die Armee erfolgen, wird man sich nicht wundern dürfen, wenn auch diese Aufklärung manchmal etwas pointiert erfolgt.

Die Konstruktion eines «schweizerischen militärisch-industriellen Komplexes» und einer unheiligen Allianz zwischen Rüstungsindustrie und NATO ist nicht haltbar. Warum wollen gewisse Kreise nicht begreifen, dass man für Armee und zeitgemässe Landesverteidigung auch heute noch aus voller Überzeugung, ja sogar aus Gewissensgründen sein kann? Müssen wir daraus schliessen, dass diese Christen ihrerseits in einer Art Fernsteuerung handeln? Dabei sollten sie sich ein für allemal eines merken: so legitim wie Gesellschaftskritik ist auch die Verteidigung zeitlos gültiger Werte wie Demokratie, Rechtsstaat und Selbstbestimmungsrecht eines Volkes.

Stimmungsmache mit dem Ordnungsdienst

«Die Armee ist bereit zu innenpolitischen Einsätzen» heisst ein weiterer Schreckensruf im Manifest. Fast könnte man meinen, die Verfasser fürchteten, dass militärische Kräfte von sich aus zum Rechten sehen würden, wenn eine extremistische Minderheit mit Terror ihren Willen der Mehrheit aufzwingen wollte. Sie können beruhigt sein: die Armee wird ihren verfassungsmässigen Auftrag zur Sicherung der Ordnung nur dann erfüllen, wenn sie von den politischen, also zivilen Behörden dazu aufgeboten wird. Dafür sorgt nicht nur ihre gesetzliche Verankerung, sondern auch ihre Eingliederung in den Rahmen der Gesamtverteidigung.

Wer heute noch glaubt, «die Armee erziehe zur Unmündigkeit», kennt den modernen militärischen Betrieb und seine Erziehungsgrundsätze nicht. Disziplin zum Wohle des Ganzen mit Untertänigkeit zu verwechseln, ist das Privileg von Leuten, die nicht verstehen, dass zur Mitverantwortung auch das selbstlose Mitwirken an einer gemeinsamen Aufgabe gehören kann. Die Behauptung, der «Soldat sei immer nur ein Mittel zum Zweck, den er nicht kenne» ist eine Beleidigung für buchstäblich Hunderttausende schweizerischer Wehrmänner, die ganz genau wissen, warum sie mit voller Hingabe Dienst leisten und denen man nicht weismachen kann, unsere Armee sei eine «Anstifterin zum Unfrieden». Hier scheint es sich wiederum um die bereits genannte Verwechslung der Adresse zu handeln.

Zur echten Problematik, die im Manifest behandelt wird, gehört die Frage der Waffenausfuhr. Der Bericht der Kommission Weber hat sich dieses Problems bereits mit aller Gründlichkeit angenommen, der Bundesrat hat ein verschärftes Ausfuhrgesetz vorgelegt. Mindestens so viele gute Argumente sprechen dafür wie dagegen.

Die Verunglimpfungen und Verdächtigungen des Manifestes sind demnach völlig danebengeraten. Wenn zahlreiche Organisationen, Parteien, das Parlament und das EMD die Waffenausfuhr für nötig halten, so geht es ihnen in allererster Linie um die Sicherung einer zeitgemässen Selbstbehauptung, die nach wie vor lebenswichtig ist, weil Stimmen wie das Manifest gerade dort nicht gehört werden, wo sie eigentlich zur Kenntnis genommen werden sollten, bei den Grossmächten und ausserhalb der Schweizergrenze.

Unsachliches Hochspielen des Falles Villard

Nach Ansicht der Verfasser «duldet das Militärsystem keine grundsätzliche Kritik». Auch diese Behauptung ist unwahr und kann mit unzähligen Beispielen widerlegt werden. Zeitungsartikel, Bücher und Schriften aller Art haben sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch mit der Armee befasst, ohne dass den Verfassern daraus irgend ein Nachteil erwachsen wäre. Sie können sich nach wie vor frei äussern wie jeder andere, der seine Meinung sagen will. Der schweizerische Charakterzug, die Minderheit vermehrt zum Worte kommen zu lassen, begünstigt sie sogar. Den Fall Villard als Gegenbeispiel heranzuziehen, ist unsachlich. Villard hat sich im Parlament in den schärfsten Tönen gegen die Landesverteidigung wenden können. Er gibt ungestört seine Zeitung «Der Kriegsdienstgegner» heraus, er sprach am Fernsehen, am Radio, an Versammlungen. Zu behaupten, dass seine Nicht-Zulassung zur Militärkommission des Nationalrates ihn an grundsätzlicher Kritik hindern könnte, ist in keiner Weise stichhaltig. Man muss keine militärischen Geheimnisse kennen, um sich grundsätzlich mit Armeefragen auseinanderzusetzen.

Schliesslich sei festgestellt, dass echte Alternativen zur bestehenden Selbstbehauptungskonzeption immer willkommen sind. Einseitige Vorschläge oder Behauptungen werden sich indessen die gleiche schonungslose Kritik gefallen lassen müssen, mit der die Leute um das Bieler Manifest nicht kargen. Es geht nicht an, unter dem Deckmantel hochtrabender Ansprüche auf wahre Friedensliebe die friedenssichernde Macht schmälern zu wollen. Absurde Behauptungen, wie zum Beispiel diejenige, dass die im Werden begriffene «Gesamtverteidigung» unser Leben militarisieren würde, entbehren jeder Beweiskraft. Hingegen lässt sich über Fragen der Wirksamkeit des Schutzes gegen die verschiedenen Bedrohungen oder beispielsweise über Art und Wünschbarkeit eines Zivildienstes durchaus ernsthaft diskutieren. Dasselbe lässt sich von einigen der sogenannten «konkreten Postulaten» des Manifestes sagen. Leider sind sie vermischt mit Forderungen, die nichts anderes als eine Schwächung unserer Position gegenüber nicht wegzudisputierenden Gefahren bedeuten.

Mag sein, dass sich die Verfasser von der totalitären Ideologie und ihren Anhängern, von der Machtpolitik der Grossmächte und deren Potential nicht bedroht fühlen. Die Mehrheit des Volkes denkt — wie jüngste Umfragen zeigen — ganz anders. Sie wird auf die Friedensschalmeien des Manifestes, die immer wieder in Töne der Verunglimpfung und der Intoleranz umschlagen, nicht hereinfallen.

Gustav Däniker